

Kinder- und Jugendpolitik



Die Grünen setzen sich für eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Prozessen ein. Sie möchten zudem die Jugendhilfe ausbauen und mehr Mittel für Schulsozialarbeit bereitstellen. Auch die Förderung der psychischen Gesundheit durch Mental Health Coaches an Schulen soll ausgebaut werden. Als konkrete Maßnahmen wird ein Sonderprogramm zur finanziellen Unterstützung von Kommunen für den Aufbau von Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit genannt ebenso wie eine Aufstockung der Mittel des Kinder- und Jugendplans und der frühen Hilfen. Für Care Leaver*innen möchten die Grünen eine gezieltere Unterstützung und Maßnahmen der Ausbildungsbegleitung fördern. Migrantische Jugendverbände möchten die Grünen gezielt fördern und damit faire Chancen für alle jungen Menschen, unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus gewährleisten.



Die Grünen berücksichtigen in ihrem Wahlprogramm wichtige Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe und erkennen die Notwendigkeit an, diese mit besserer Finanzierung zu auszustatten, dies fordern wir bereits seit Jahren. Die vorgeschlagenen Maßnahmen erfordern einen Auf- und Ausbau entsprechender Stellen in der Sozialen Arbeit, was in der Finanzierung mitgedacht werden muss.



Das BSW setzt sich für verpflichtende Deutschtests für Kinder ab drei Jahren und eine Kitapflicht bei Sprachdefiziten ein. Zudem sollen Kita-Beiträge gesenkt und mittelfristig abgeschafft werden.

Das BSW plant ein Investitionsprogramm „Kinder und Bildung“, um eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Infrastruktur auszubauen. Gezielte Maßnahmen sollen einen niedrighschwelligen und wohnortnahen Zugang zu Freizeiteinrichtungen, Bibliotheken, Sportstätten und Musikschulen ermöglichen. Zudem soll der Bund für alle Kinder das erste Jahr im Sportverein mit bis zu 150 € finanzieren.



Verpflichtende Deutschtests für Kinder ab 3 Jahren lehnen wir entschieden ab, diese Maßnahme fördert Stigmatisierung und Diskriminierung jener Kinder, die den entsprechenden Test nicht bestehen. Die Senkung von Kita Beiträgen ist grundsätzlich begrüßenswert damit Kitas für alle gleich zugänglich sind, jedoch bleibt die Frage der Finanzierung hier offen. Auf Bereiche außerhalb der Freizeit in der Kinder- und Jugendhilfe wird nicht eingegangen.



Die CDU möchte die Elternrechte stärken und den Kinder- und Jugendschutz verbessern. Konkrete Maßnahmen werden nicht genannt, außer der Änderung des Selbstbestimmungsgesetzes. Besonders kritisch sieht sie die Regelung, dass Jugendliche ab 14 Jahren mit Zustimmung der Eltern ihren Geschlechtseintrag ändern können. Die CDU fordert eine Rückkehr zu strengeren Vorschriften, um potenzielle Risiken zu minimieren und den Schutz von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten.



Der DBSH lehnt die geplanten Änderungen am Selbstbestimmungsgesetz entschieden ab. Eine Rückkehr zu restriktiveren Regelungen würde die Rechte von trans*, nicht-binären und intergeschlechtlichen Menschen massiv einschränken und sie erneut unnötigen bürokratischen und medizinischen Hürden aussetzen. Besonders die Einschränkung für Jugendliche widerspricht dem Recht auf Selbstbestimmung und kann erhebliche psychische Belastungen verursachen. Der DBSH setzt sich für den uneingeschränkten Zugang zu geschlechtlicher Selbstbestimmung ein und warnt davor, die Rechte marginalisierter Gruppen aus vermeintlichen Sicherheitsgründen zu beschneiden.

In Bezug auf die Verbesserung von Kinder- und Jugendschutz sind konkrete Maßnahmen gefordert, keine reinen Lippenbekenntnisse ohne Ideen.



Zentrale Vorschläge umfassen die Einführung einer Kindergrundsicherung von bis zu 1.400 Euro, einschließlich Unterkunfts-kosten, um Kinderarmut effektiv zu bekämpfen. Zudem strebt die Partei einen niedrighschwelligen Zugang zu Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen und Bibliotheken an, um allen Kindern und Jugendlichen kulturelle und bildungsrelevante Teilhabe zu ermöglichen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau von Ganztagsbetreuung und der Einführung flexibler Kitazeiten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und individuelle Bedürfnisse besser abzudecken.



Die geplante Kindergrundsicherung kann einen entscheidenden Beitrag zur Reduzierung von Kinderarmut leisten. Der erleichterte Zugang zu kulturellen und bildungsrelevanten Angeboten stärkt die Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen und unterstützt ihre ganzheitliche Entwicklung. Der Ausbau von Ganztagsbetreuung und flexiblen Kitazeiten trägt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei und berücksichtigt die vielfältigen Lebensrealitäten von Familien. Der DBSH sieht in diesen Maßnahmen wichtige Schritte zur Förderung des Kindeswohls und zur Unterstützung von Familien.

Kinder- und Jugendpolitik



Die FDP legt einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der frühkindlichen Bildung. Sie strebt bundesweite Qualitätsstandards für Kindertagesstätten an, die unter anderem einen bedarfsgerechten Betreuungsschlüssel und den Einsatz multiprofessioneller Teams umfassen.

Zudem plant die FDP eine modularisierte und vergütete Ausbildung für pädagogische Fachkräfte, um den Beruf attraktiver zu gestalten und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Ein weiterer Fokus liegt auf der Förderung digitaler Bildung durch den Einsatz von KI-gestützten Lernmethoden, um individuelle Lernprozesse zu unterstützen und die Digitalisierung im Bildungswesen voranzutreiben.



Die SPD will Frühe Hilfen für Familien bis zum Ende der Grundschulzeit ausbauen und die Trennung von Jugendhilfe, Schule und Gesundheitsleistungen überwinden. Die soziale Infrastruktur soll durch flächendeckend gute Kitas, Ganztagsangebote und ein kostenloses Mittagessen verbessert werden.



Die FDP adressiert mit ihren Vorschlägen wichtige Aspekte der frühkindlichen Bildung und der Digitalisierung im Bildungswesen. Die Einführung bundesweiter Kita-Standards und die Verbesserung der Ausbildung für pädagogische Fachkräfte sind Schritte in die richtige Richtung. Allerdings vermisst der DBSH konkrete Maßnahmen, die auf die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in besonderen Lebenslagen abzielen, wie beispielsweise solche aus sozial benachteiligten Familien oder mit Migrationshintergrund. Eine umfassende Kinder- und Jugendpolitik sollte auch diese Gruppen berücksichtigen, um Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zu fördern.

Der DBSH sieht den Fokus auf finanzielle Entlastung als positiv an, merkt jedoch an, dass der Bereich der Jugendhilfe stärker berücksichtigt werden sollte.



Die genannten Maßnahmen unterstützen wir. Es wird sich sehr auf Kita und Grundschule fokussiert. Andere Aspekte der Kinder- und Jugendpolitik werden nicht berücksichtigt. Aspekte der Jugendhilfe werden nicht ausreichend berücksichtigt.